

des Wettbewerbs zwischen seinen potenziellen Partnern sein müssen. Die Linkspartei wird zu einer Doppelstrategie von Auseinandersetzung mit der SPD und achtungsvollem Dialog mit ihr fähig und bereit sein müssen. Eine öffentliche Debatte um sehr konkrete Inhalte ist nötig. Es geht dabei um realistische Schritte zu weiterreichenden (über eine Legislaturperiode hinausreichenden) Zielen, vor allem eine Alternative zu *Hartz IV*, eine Politik der sozialen Inklusion und der neuen beschäftigungspolitischen Perspektiven mit Existenz sichernden Löhnen. Dazu gehört auch eine Grundsicherung, sei sie nun bedarfsabhängig – oder -unabhängig. Es geht dabei auch um die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme sowie eines europa-, umwelt- und energiepolitischen Wandels und um eine zivilere und solidarische internationale Politik. In der letzten Frage werden sich die größten Probleme ergeben, für die sich gegenwärtig noch keine Lösungen abzeichnen. Zugleich muss um ein anderes geistiges und politisches Klima in Deutschland gerungen

werden. Andernfalls würde einem Linksbündnis der strategische Atem fehlen.

Meine Partei, Die Linke, wird dabei das Schlüsselproblem ihres Platzes im deutschen politischen und Parteiensystem lösen müssen. Ziel ist die Verbindung eines konsequenten Realismus und politischer Bündnisfähigkeit mit einem dauerhaften, für Millionen Wählerinnen und Wähler überzeugenden Profil jenseits der Sozialdemokratie. Die SPD steht vor der Frage, ob sie sich aus der strategischen Falle einer bloßen Gegnerschaft zur Linken und koalitionspolitischen Bindung an die CDU befreien kann und will. Doch, wenn sie dazu nicht bereit wäre, drohte ihr langfristig die politische Marginalisierung. Keines dieser Probleme ist gelöst. Es wäre unverantwortlich, wollten wir nicht endlich mit einer politischen Diskussion darüber beginnen. Es wäre politisch kurzsichtig, mehr zu wollen als die numerisch mögliche Koalition. Die Linkspartei jedenfalls wird nur auf der Grundlage eines strategisch alternativen Projektes koalitions- und selbstbehauptungsfähig sein.

*Karsten Rudolph*

## Politik heißt Neues zu können

### Warum Eins plus Eins in der Politik nicht gleich Zwei ist

Es zählt zu den historischen Grunderfahrungen linker Politik in Europa, dass in denjenigen Ländern, in denen die bürger-

liche Rechte in mehrere Parteien gespalten war, das sozialdemokratische Projekt am Besten vorankam. Umgekehrt gilt: Überall dort, wo eine zersplitterte Linke einem rechtsbürgerlichen Block oder einer großen christdemokratischen Partei gegenübersteht, ist es richtig schwierig für eine hegemoniale Politik der sozialen Demokratie. Oder pointierter gesagt: Immer dann, wenn die Linke über die Einheit parliert – ein Linksbündnis also gleichermaßen als Perspektive und als Illusion erscheint – regiert oder profitiert die Rechte.

#### Karsten Rudolph

(\* 1962) ist innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf und Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum für Neuere und Neueste Geschichte.

landtag@karsten-rudolph.de

Nun sind die Verhältnisse in Deutschland wiederum besonders kompliziert, was historische Ursachen hat. Im Einigungsprozess von 1989/90 scheute sich die SPD aus guten Gründen mit den Resten der SED zu fusionieren. Andererseits stieß die PDS bereits auf eine SPD und konnte sich somit nicht wie in manchen osteuropäischen Ländern der Umstände halber in eine neue sozialdemokratische Partei umstilisieren. Eben dies führte entgegen allen Annahmen nicht zu einer Sozialdemokratisierung der neuen Länder, sondern – mit Ausnahme Brandenburgs – zu einer nur schwer aufzubrechenden christdemokratischen Vormachtstellung. Da in den ostdeutschen Ländern die FDP und die Grünen ein Randdasein fristen, lässt sich die CDU nur durch eine SPD-PDS-Koalition ablösen, so wie es in Sachsen-Anhalt vorgemacht wurde.

Nun ließe sich diese ostdeutsche Besonderheit noch einige Zeit mit durch die Berliner Republik schleppen und würde sich gewiss auch entdramatisieren, wenn nicht die PDS in periodischen Abständen an ihrer Westausdehnung arbeiten würde. Mit der Gründung der WASG in Westdeutschland bot sich hierfür eine gute Möglichkeit. Die PDS hat sie in einem Fusionsprozess nur deshalb so beherzt ergriffen, weil mit Oskar Lafontaine derjenige politische Renegat verfügbar war, der eine Abkehr von der SPD so glaubwürdig erscheinen ließ. Das Dilemma der Linkspartei besteht seitdem darin, Lafontaine und die WASG zwar für die Westausdehnung instrumentalisieren zu können, gleichzeitig aber selbst von diesen beiden für einen Rachezug gegen die SPD und die Grünen instrumentalisiert zu werden. Das hat zwei Nebenwirkungen: *Erstens* ist die Linkspartei nun politisch genau so weit wie vorher die PDS, *zweitens* kommt die Mehrheitsbildung diesseits der Union nicht voran. Oder mit den Worten von Reinhard Bütikofer im Gespräch mit dieser Zeitschrift (NG/FH 6/2007): »Es gibt

derzeit keine realisierbare Mehrheit der Linken, weil es keine Idee gibt, wohin man gemeinsam lenken könnte.«

### **Warum die Linkspartei nicht weiter kommt**

Lassen wir uns vom Nachrichtenhunger auf dem umkämpften Medienmarkt nicht täuschen: Die Linkspartei hat seit der Bundestagswahl 2005 keineswegs einen gesamtdeutschen Siegeszug angetreten. Selbst der Erfolg bei der Bremer Bürgerchaftswahl im Mai 2007, bei der sie auf 8,7 Prozent der abgegebenen Stimmen kam, kann nicht verbergen, dass sie seit der Bundestagswahl im Jahr 2005 alles andere als von Erfolg zu Erfolg eilte. Im März 2006 konnte die PDS zwar bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt noch um 4,2 Prozentpunkte zulegen, aber bei den gleichzeitig stattgefundenen Wahlen in den westdeutschen Flächenländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nahm die WASG mit rund 3 Prozent nicht die Hürde für einen Einzug in das jeweilige Landesparlament. Im September 2006 stagnierte die PDS bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, verlor die Regierungsbeteiligung und büßte bei der Berliner Wahl zum Abgeordnetenhaus 9 Prozentpunkte ein. Seit dem gemeinsamen Einzug in den Deutschen Bundestag sind PDS und WASG somit bei vier von insgesamt sechs Länderwahlen gescheitert. Das Muster: Im Westen geht's nicht richtig voran, im Osten geht's zurück.

Auch die von der Linkspartei beschworene »Eintrittswelle« stellt keine wirkliche Bewegung dar. Zu den rund 60.000 Mitgliedern der PDS trug die WASG nicht mehr als 11.500 bei; das sind insgesamt weniger Mitglieder als die PDS noch 2002 alleine hatte. Die Zurschaustellung von Überläufern aus anderen Parteien, die den Medien vorgestellt werden wie dazumal den römischen Bürgern die

Anführer besiegt Stämme als neue Bundesgenossen, belegt zunächst nichts weiter als dass eben Klappern zum politischen Handwerkszeug gehört.

Schwerer wiegen da die strukturellen Probleme der Linkspartei. Die Agitation, die Lafontaine beherrscht, um Protestwähler von rechts und links an sich zu binden, schürt das Ressentiment gegen jedwede Politik. Der Vorwurf des Wahlbetrugs und des Verrats politischer Prinzipien wirkt aber längst wie ein Bumerang gegen die eigene Partei, wenn sie – wie in Berlin oder in den Kommunen – mitregiert. Lafontaine hebt damit nicht nur Gräben gegen die SPD und die Grünen aus, sondern auch gegen diejenigen ostdeutschen Gliederungen der eigenen Partei, die ihren volksparteilichen Charakter nur behaupten können, wenn sie unter Beweis stellen, dass sie politische Mitverantwortung übernehmen können. Lafontaine und weite Teile der früheren WASG arbeiten insoweit systematisch daran, die in Ostdeutschland gewonnene Regierungs- und Politikfähigkeit der Linkspartei zu konterkarieren.

### **Warum die Mehrheitsbildung diesseits der Union auf der Stelle tritt**

Das politische Renegatentum, das mit der WASG in die Linkspartei eingekehrt ist, bildet die eigentliche strukturelle Ursache dafür, dass ein Linksbündnis eher als Utopie denn als Perspektive erscheint. Um den Schritt in die andere Partei auch nachträglich noch rechtfertigen zu können, muss die Unvereinbarkeit mit der Politik der früheren eigenen Partei ständig nachgewiesen werden. Dies unterscheidet den Renegaten vom Konvertiten, der den Glauben an die Treue zu sich selbst nicht beschwören muss und der die Gewissheit der eigenen Unfehlbarkeit entbehren kann. Während die ostdeutschen Aktivisten der Linkspartei

immer in derselben Partei blieben, die sich in ihrer Fortentwicklung immer wieder umbenannte und damit ein gemäßigtes Konvertitentum ermöglichte, können nicht gerade wenige westdeutsche Aktivisten der Linkspartei auf eine ganze Sammlung von Parteimitgliedschaften im Verlaufe ihres politischen Lebens verweisen. Immer haben sich die anderen verändert, nur nicht sie selbst – was stark an eine Brechtsche Geschichte über Herrn Keuner erinnert. Es ist dieses Renegatentum, das zurzeit so regressiv auf die programmatische Entwicklung der Linkspartei einwirkt. Sie hat den Zwischenhandel mit politischen Antiquitäten wieder aufgenommen, den die SPD mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 eingestellt hatte. Auch die PDS war mit dem Versuch, eine zeitgemäße linke Politik zu formulieren, vor der Fusion mit der WASG längst weiter gekommen. Die Linkspartei richtet ihre politischen Zielsetzungen zunehmend an der Vergangenheit des Kalten Krieges und der traditionellen Industriegesellschaft aus, ohne auch nur eine programmatische Innovation oder ein progressives politisches Thema anbieten zu können. Das macht sie programmatisch so steril, wenn es um Gestaltungsfragen geht. Paradox ist diese Vergangenheitsfixierung deshalb, weil die PDS doch gerade die (eigene) Vergangenheit abstreifen wollte.

Nichts verdeutlichte den Rückzug von der Gegenwart mehr als die einsame Reise Lafontaines an das karibische Krankenbett des kubanischen Diktators. Kaum vorstellbar heute, dass der junge Lafontaine vor über zwanzig Jahren noch den Kontakt mit dem Hoffnungsträger der jungen spanischen Demokratie, Felipo Gonzáles, gesucht hatte.

Die Linkspartei wird sich also zu entscheiden haben, wenn die Hegelsche »Ohnmacht des Sollens« überwunden werden will. Politik heißt Neues zu können, Demagogie Ängste zu schüren und die Vergangenheit zu beschwören.